

Anhörung in einem Bußgeldverfahren zur Überwachung von kennzeichnungspflichtigen Gefahrgutfahrzeugen hat Erfolg

Ein Rechtsanwalt aus Rheinland-Pfalz berichtete uns, dass er in einem Bußgeldverfahren gegen einen Fahrzeugführer einer **kennzeichnungspflichtigen Beförderungseinheit mit Klasse 1 mit seiner Argumentation Erfolg hatte**. Der Fahrzeugführer machte die rechtlich vorgeschriebene Pause (Lenk- und Ruhezeit) auf einem Autobahnparkplatz mit Raststätte. Er hatte keinen Beifahrer. In der Raststätte **ging der Fahrzeugführer auf die Toilette, kaufte sich ein belegtes Brötchen und ein Getränk und ging anschließend zurück zu seinem LKW**. **Währenddessen hatte die Polizei** (vermutlich angelockt vom Großzettel Nr. 1) bereits die Beförderungseinheit umschwärmt. Es erfolgte eine intensive Gefahrgutkontrolle einschließlich Ladungssicherung etc. Da man nichts fand, wurde schlussendlich der Vorwurf erhoben, der **Fahrzeugführer habe sein Fahrzeug nicht überwacht (8.4 i. V. m. 8.5 S1 (6) ADR = Bußgeld 250 €)**. Erst im Laufe des Verfahrens hat das Ganze ein Ende, nachdem der Rechtsbeistand vorgetragen hatte, **dass auch LKW-Fahrer ihre menschlichen Bedürfnisse verrichten müssen und alles andere wohl nur schwer mit der Menschenwürde zu vereinbaren wäre**.

Besonders prekär ist die Angelegenheit, weil bei Klasse 1 meist auch der Befähigungsschein nach § 20 SprengG erforderlich ist und dieser über ein solches Bußgeldverfahren (da es sich um einen einschlägigen Verstoß gegen sprengstoffrelevante Gefahrgutvorschriften handeln würde) wegen fehlender Zuverlässigkeit gemäß § 8a SprengG gefährdet werden kann.

Ein interessanter Sachverhalt der auch in der Gefahrgutfahrerschulung gut von den Lehrkräften verwendet werden kann.